

Bundeskonferenz der Arbeiterwohlfahrt  
25. – 27.11.2016 in Wolfsburg

**Antrags-Nr.: 1.1-02**

**Thema: Handelsabkommen transparent, fair und sozial gerecht  
verhandeln!**

Der AWO-Bundesverband wird aufgefordert, sich sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene für transparente, faire und sozial gerechte Verhandlungen von Handelsabkommen zwischen der Europäischen Union (EU) und anderen Nicht-EU-Ländern einzusetzen. Dies gilt insbesondere auch für das zurzeit verhandelte Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP) Freihandelsabkommen mit den USA.

Dazu gehören die folgenden Schritte / Impulse:

Die AWO lehnt Freihandelsabkommen ab, wenn sie sich nicht an den folgenden Grundsätzen orientieren:

- Gewährleistung von umfassender Transparenz bei den Verhandlungen und ihren Ergebnissen,
- Erstellung einer Positivliste, welche Bereiche in den Geltungsbereich der jeweiligen Abkommen fallen, um damit die Herausnahme der gemeinnützigen Sozial- und Gesundheitsdienstleistungen zu gewährleisten. Keine Absenkung bereits existierender rechtlich verbindlicher Sozialstandards,
- Ablehnung jeglicher Form von nichtstaatlichen Schiedsgerichten im Rahmen des Investorenschutzes.